

„Am 25. Mai Europa wählen - für eine erfolgreiche Entwicklung unseres Landes“
Regierungserklärung von Minister Rainer Robra, Chef der Staatskanzlei und
Europaminister des Landes Sachsen-Anhalt am 26. März 2014

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie, dass ich diese Regierungserklärung mit einer persönlichen Bemerkung beginne. Vor fast zehn Jahren, nämlich am 7. Mai 2004, durfte ich meine erste Regierungserklärung zur Europapolitik vor diesem Hohen Hause abgeben. Damals haben wir zehn Staaten Mittel- und Osteuropas als neue Mitglieder in der Europäischen Union begrüßt. Heute, zehn Jahre nach der EU-Osterweiterung, ist die Frage angebracht: Was haben wir als Europäer seitdem erreicht und wie haben wir als Sachsen-Anhalter die damit verbundenen Chancen genutzt?

Außerdem stehen wir wie in den Jahren 2004 und 2009 erneut kurz vor einer Wahl zum Europäischen Parlament. Die Wahltermine sind bekanntlich besondere Herausforderungen für die Politik. Sie erfordern intensive Anstrengungen, um die politisch verfolgten Ziele und die erreichten Ergebnisse den Wählerinnen und Wählern überzeugend transparent zu machen. Die Wahlergebnisse sind immer auch ein Spiegel unserer Arbeit.

Nun mag der eine oder die andere denken: Das Europäische Parlament ist weit weg. Aber ich wage daran zu erinnern, dass jede Demokratie, auch die europäische, letztlich durch die Ausübung des Wahlrechts legitimiert wird. **Als überzeugte Demokraten und als überzeugte Europäer muss es uns deshalb ein gemeinsames Anliegen sein, dass möglichst viele Menschen in Sachsen-Anhalt am 25. Mai 2014 nicht nur von ihrem Kommunalwahlrecht, sondern auch von ihrem Wahlrecht zum Europäischen Parlament Gebrauch machen.**

10 Jahre EU-Osterweiterung

Wenn wir auf die letzten Jahre zurückschauen, denken wir zuerst an die Wirtschafts- und Finanzkrise. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen. Wir sollten aber eines nicht vergessen: Die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 war eine einmalige historische Chance und gleichzeitig eine enorme politische Herausforderung.

Durch die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Bulgariens und Rumäniens zwei Jahre später und Kroatiens im vergangenen Jahr wurde ein Beitrag zur dauerhaften Überwindung der Teilung Europas und der Folgen des kalten Krieges geleistet. Niemand weiß gerade jetzt die feste Einbindung in die Europäische Union mehr zu schätzen als unsere Freunde in den drei baltischen Staaten, die sich sonst ernste Sorgen darüber machen müssten, dass es ihnen ähnlich ergehen könnte wie ihren früheren Schicksalsgenossen in der Ukraine und auf der Krim.

Das Bewusstsein dafür wach zu halten sollte uns Deutschen, für die die Wiederherstellung der Einheit unserer Heimat untrennbar mit der Überwindung der europäischen Spaltung verbunden ist, immer eine Herzensangelegenheit sein.

Trotzdem fragen sich viele, ob die Osterweiterung der Europäischen Union, namentlich in Bezug auf Bulgarien und Rumänien, aus heutiger Sicht eine gute Idee war. Lassen Sie mich mit den Worten des seinerzeit für die Osterweiterung verantwortlichen Kommissars Günter Verheugen antworten: *„In welcher Lage, so sagte er, wären wir denn, wenn wir die historische Antwort auf die großen Veränderungen 1989 nicht gefunden hätten? Hätten wir dann diese Stabilität in Mittel- und Osteuropa, die wir heute haben? Hätten wir diesen sinnvollen und erfolgreichen wirtschaftlichen Austausch? Hätten wir diese Möglichkeit, dass sich die Menschen überall in Europa frei bewegen können?“*

Meine Damen und Herren! Bei allen Schwierigkeiten, die es immer noch gibt, sollten wir nicht vergessen, dass sich die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten im Großen und Ganzen erfolgreich entwickeln, dass der so oft beschworene Kohäsionsprozess vorangeht, auch wenn das Gefälle immer noch groß ist.

Hierfür einige Beispiele:

- Unter den zehn europäischen Regionen mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf befinden sich zwei Hauptstadtregionen aus neuen Mitgliedstaaten, nämlich Prag und Bratislava.
- Die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten konnten ihr Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner seit 2004 auf 140 % steigern, und das trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise.
- Die durchschnittlichen Nettoeinkommen pro Beschäftigten stiegen im gleichen Zeitraum auf mehr als 170 %.
- Die Patentanmeldungen aus den neuen Mitgliedstaaten haben sich in dem Zeitraum von 2005 bis 2010 fast verdoppelt.

Natürlich weiß auch ich, dass sich hinter diesen Beispielen enorme strukturelle, wirtschaftliche und soziale Unterschiede verbergen. Die 20 ärmsten Regionen der Europäischen Union liegen noch immer in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Polen. Die Arbeitslosigkeit ist unverträglich hoch und die Einkommen sind noch immer zu niedrig. Auch das führt zu einer Migration, die einige deutsche Städte vor große Herausforderungen stellt.

Aber die neuen Mitgliedstaaten holen auf und die Richtung stimmt; das ist entscheidend.

Nehmen wir das Beispiel Polen: Polen ist derzeit der EU-Mitgliedstaat mit dem höchsten Wirtschaftswachstum nach den baltischen Staaten. Unsere Partnerregion Masowien, mit der wir seit zehn Jahren eng und planmäßig zusammenarbeiten, hat einen maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung.

Polen ist der einzige Mitgliedstaat, in dem es während der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 nicht zur Rezession kam. Diese Erfolge beruhen natürlich zuallererst auf Anstrengungen und Entbehrungen der Polen selbst. Aber ich bin davon überzeugt, dass die Orientierung auf und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, auch wegen der damit verbundenen Teilhabe an den Strukturfonds, in Polen wie in allen mittel- und osteuropäischen Staaten die wichtigste äußere Bedingung für die Bewältigung des postsozialistischen Transformationsprozesses war, ist und bleiben wird.

Frieden und Freiheit für die Ukraine

Meine Damen und Herren! Die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine werfen ein neues Licht auf dieses Thema. Unter den Demonstranten auf dem Maidan, dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit, waren überbordende EU-Bürokratie und Brüsseler Zentralismus keine Themen. Die Demonstranten haben ihr Leben dafür riskiert, dass die Ukraine eines Tages Teil der europäischen Wertegemeinschaft, des europäischen Raumes der Stabilität, der Freiheit, des Wohlstandes und des Rechts sein kann, der auf viele Menschen auf dieser Welt eine geradezu unwiderstehliche Anziehungskraft ausübt.

In Kiew gibt es ein Denkmal zum Magdeburger Stadtrecht. Wir in Magdeburg arbeiten noch daran. Vielleicht konnten auch unsere historischen Beziehungen ein wenig dazu beitragen, dass die europäische Werteorientierung Teil des identitätsstiftenden Prozesses der Ukraine ist.

Grundvoraussetzungen hierfür sind jedoch die Aufrechterhaltung des Friedens, die Verhinderung eines Bürgerkrieges und vor allem die Schaffung von äußeren Bedingungen, damit die Ukraine ihre Angelegenheiten demokratisch in die eigenen Hände nehmen kann. Allzu leicht wird die friedenssichernde Wirkung des europäischen Integrationsprozesses bei uns vergessen.

Durch die Geschehnisse an unseren Außengrenzen, seinerzeit im ehemaligen Jugoslawien und in Georgien und jetzt in der Ukraine, werden wir daran erinnert, dass wir als Europäer, als Europäische Union eine hohe Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Frieden und Freiheit nicht nur bei uns selbst, sondern auf unserem gesamten Kontinent tragen. Deshalb hat die Europaministerkonferenz vor wenigen Tagen in Brüssel eine Resolution verabschiedet, mit der sie die völkerrechtswidrige Annexion der Krim verurteilt und eine friedliche und diplomatische Lösung des Konflikts angemahnt hat.

Die Bundeskanzlerin hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass nur ein politisch-diplomatischer Prozess die Lage stabilisieren kann. Diese Auffassung hat sich erfreulicherweise auch auf den EU-Gipfeln am 6. März sowie am 20. und 21. März 2014 durchgesetzt.

Konkrete Hilfsmaßnahmen für die neue ukrainische Regierung, wie das Hilfspaket der EU in Höhe von 11 Milliarden €, sind dringlich und unverzichtbar, um die auch von Rechtsextremen bedrohte innenpolitische Lage in der Ukraine zu befrieden.

Wir erleben derzeit aber auch ein beispielloses Ringen um die Stabilisierung der außenpolitischen Situation. Aber wenn alle Gesprächskontakte auf höchster Ebene letztlich nicht fruchten, dann braucht es eben auch klug abgestufte Sanktionen gegen Russland. Wir haben allen Anlass, uns bei Außenminister Steinmeier und seinen Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedstaaten, aber auch bei der Außenbeauftragten Lady Ashton für ihr unermüdliches Ringen um eine Deeskalation zu bedanken.

Was können wir aus Sachsen-Anhalt heraus in der entstandenen Situation tun? Das ist sicherlich nicht viel, gemessen an der geopolitischen Dimension des Konflikts. Wir haben eine politische Sitzung des EU-Ausschusses des Bundesrats beantragt und sollten alle Möglichkeiten nutzen, unsere Kontakte in die Ukraine beizubehalten und zu vertiefen, um den Menschen vor Ort konkret zu helfen.

In diesem Zusammenhang ist es mir ein Bedürfnis, Herrn Abgeordneten Steinecke für sein jahrelanges Engagement als Vorsitzender des Deutsch-Ukrainischen Forums auch einmal von dieser Stelle aus ganz persönlich zu danken.

Ihr Wirken, sehr geehrter Herr Steinecke, lieber Dieter, hat über viele Jahre Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien Deutschlands und der Ukraine zusammengeführt und damit einen wichtigen Beitrag zur guten deutsch-ukrainischen Beziehung geleistet. Wir alle, die wir auf eine friedliche, demokratische und selbstbestimmte Entwicklung der Ukraine hoffen, wissen um die Notwendigkeit, ihr auch in Zukunft dabei zu helfen, das wirtschaftliche Potenzial des Landes freizusetzen und gerechter verteilten Wohlstand zu schaffen.

„Die europäische Einigung ist und bleibt auch im 21. Jahrhundert das große Versprechen von Frieden, von Freiheit und von Wohlstand.“ Diese Feststellung der Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung vom 13. März 2014 soll und muss auch für die Ukraine gelten. Deshalb ist der in Gang gesetzte Assoziierungs- und Freihandelsprozess auch nicht gegen Russland gerichtet. Vielmehr ist es die einzig richtige Konsequenz moderner, gleichberechtigter und zukunftsweisender Diplomatie des 21. Jahrhunderts, wenn sich die Völker Europas zu ihrem Glück vereinen, wie es in der Erklärung der Bundesregierung vom 20. März 2014 bekräftigt wird.

Gestärkt aus der Krise hervorgehen

Meine Damen und Herren! Die vergangenen Jahre waren in der Tat stark von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt. Wie Sie wissen, wurden vielfältige Anstrengungen unternommen, um die Europäische Union krisenfester zu machen, als sie es bisher war, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Das betrifft natürlich insbesondere die Eurozone.

Auch in Deutschland werden die Kritiker der Gemeinschaftswährung nicht müde zu behaupten, dass es uns ohne den Euro besser ginge. Lassen Sie mich darauf mit einem Beispiel antworten,

das die Kanzlerin in ihrer Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2013 gebrauchte.

„Europa hat heute noch etwa 7 % der Weltbevölkerung. Europa wird, wenn das Wirtschaftswachstum wieder etwas in Gang gekommen ist, vielleicht wieder knapp 25 % des Weltinlandsprodukts haben. Gleichzeitig leistet Europa aber annähernd 50 % der Sozialausgaben der Welt.“

Dieser weltweit einzigartige Wohlstand kommt nicht von allein, und wir können dieses Niveau nur halten, wenn wir innovativ und wettbewerbsfähig bleiben.

Natürlich brauchen wir dafür in ganz Europa eine solidere Haushaltsführung und eine bessere Bankenaufsicht als in der Vergangenheit. Die hierfür notwendigen Instrumente sind mittlerweile geschaffen und im Wesentlichen abgesegnet durch das Bundesverfassungsgericht.

Doch wir brauchen auch den Zusammenhalt in Form der europäischen Solidarität und des europäischen Binnenmarktes. **Wir können es uns nicht leisten, dass Mitgliedstaaten im Süden der Union auf Dauer am Tropf der Gemeinschaft hängen. Wir können es uns aber ebenso wenig leisten, dass in diesen Mitgliedstaaten eine ganze Generation heranwächst, die aufgrund der unvermeidbar hohen Jugendarbeitslosigkeit keine Zukunftsperspektive hat.**

Das ist nicht nur eine Frage von Moral und Anstand. Das ist auch und gerade angesichts der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung eine Frage der künftigen Wettbewerbsfähigkeit und damit des künftigen Wohlstandes in Europa insgesamt. Gerade deswegen ist auch die soziale Dimension in Europa so wichtig.

Derzeit zeigt sich ein Silberstreif am Horizont. Die Wachstumsprognosen für die Eurozone wurden für 2014 leicht nach oben revidiert. Die Europäische Kommission warnt jedoch eindringlich davor, dass diese leichte Erholung auf dem Spiel stünde, wenn die Krisenländer in ihren Reformbemühungen nachließen und es großen Ländern wie Frankreich und Italien nicht gelänge, ihre Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu gestalten. Und bei all dem, meine Damen und Herren, ist die Krim-Krise noch nicht berücksichtigt worden.

In dieser Debatte wirkt es für mich merkwürdig, wenn dem Wachstumsmotor der Europäischen Union, nämlich Deutschland, sein hoher Exportüberschuss vorgehalten wird. Dieser wird nur zu 35,7 % innerhalb der Eurozone erwirtschaftet. Er kann also schon von seiner Größenordnung her nicht für die strukturellen Krisenprozesse in einzelnen Mitgliedstaaten verantwortlich sein. Im Gegenteil: Europa wird seine Wirtschaftskraft, sein Beschäftigungsniveau und seinen Wohlstand nur behaupten können, wenn es sich an den Besten, an den Leistungsstarken der Welt und nicht am Mittelmaß orientiert.

Was für Deutschland gilt, kann auch für Sachsen-Anhalt nicht falsch sein. Wie also haben wir in unserem Land die europäischen Chancen genutzt?

Sachsen-Anhalt ist europäisch solide aufgestellt

Wie Sie alle wissen, profitiert Sachsen-Anhalt seit Jahren in erheblichem Maße von den europäischen Struktur- und Investitionsfonds und den anderen Förderprogrammen der EU. Hierbei geht es aber nicht nur um das Geld. **Es geht um den sprichwörtlichen Blick über den Tellerrand, also um die europaweite Vernetzung, die Suche nach den besten Lösungen gemeinsam mit internationalen Partnern und um die Bereitschaft, die eigenen Lösungen an international gültigen Maßstäben zu messen.**

Hinsichtlich der internationalen Einbindung unseres Landes hat sich in den letzten Jahren viel getan, auch wenn dies zu selten kommuniziert wird und wir mit dem Erreichten noch nicht zufrieden sein können. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen, die zeigen, wie wichtig die europäische Dimension in fast allen Bereichen der Landespolitik inzwischen geworden ist:

- Im 7. Forschungsrahmenprogramm, das bis zum Jahr 2013 galt, gab es 187 Beteiligungen aus Sachsen-Anhalt mit einer Fördersumme von 52 Millionen €. Die Antragsteller waren zu 35 % die Hochschulen und zu 47 % die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, aber leider nur zu 18 % Akteure aus der Wirtschaft. Darauf müssen wir aufbauen, wenn es darum geht, das neue Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020, das mit unvorstellbaren 80 Milliarden € ausgestattet ist, in noch stärkerem Maße für Sachsen-Anhalt zu nutzen.
- Das Land hat sich auch überdurchschnittlich erfolgreich am Interreg-IV-C-Programm für interregionale Zusammenarbeit beteiligt und war an 14 Interreg-IV-B-Projekten für transnationale Zusammenarbeit beteiligt. Das waren doppelt so viele Projekte wie in der Periode zuvor.
- Das seit dem Jahr 2004 unter der Federführung Sachsen-Anhalts etablierte Netzwerk der Chemieregionen wird für die Begleitung von europäischen Initiativen sowie für die Vertretung von industriepolitischen Zielstellungen des Landes aktiv genutzt. Es ist darüber hinaus eine ideale Plattform für gemeinsame Beteiligungen an den Förderprogrammen der EU.
- Im bundesweiten Ranking über die Teilnahme von 286 Hochschulen am EU-Programm Erasmus belegen unsere beiden Hochschulen und zwei der Fachhochschulen Plätze im vorderen Drittel. Auch in diesem Bereich kommen wir also voran.
- 28 Schulen aus Sachsen-Anhalt haben seit dem Jahr 2011 am EU-Programm Comenius für inter-nationale Schulpartnerschaften teilgenommen. 30 Schulen sind bei der europäischen eTwinning-Plattform registriert, um mit ausländischen Partnerklassen virtuelle Austausch- und Unterrichtsprojekte durchzuführen.
- Schon zum neunten Mal fand im Jahr 2013 das Jugendprogramm „Europa geht weiter“ als ressortübergreifendes Gemeinschaftsprojekt statt. Diese Projekte tragen dazu bei, die

Kenntnisse über die Chancen im zusammenwachsenden Europa und das Verständnis für das Funktionieren der Europäischen Union zu vertiefen.

- Nicht zuletzt verfügt Sachsen-Anhalt über ein stabiles Netzwerk von insgesamt 22 Europaschulen, die sich dem internationalen Schüleraustausch und der europaorientierten Bildung besonders verschrieben haben.

Regionale Kooperationen unterstützen die Internationalisierung unseres Landes

Das zweifellos bedeutendste Netzwerk, das wir europapolitisch nutzen, ist der seit nunmehr 20 Jahren bestehende Ausschuss der Regionen. Unsere langjährigen Mitglieder, Herr Staatssekretär Dr. Schneider und MdL Herr Tögel, setzen sich dort engagiert und erfolgreich für die Interessen des Landes und seiner Kommunen in Europa ein.

Der frühere Leiter unserer Landesvertretung Thomas Wobben leitet heute als einer der Direktoren des AdR die wichtige Abteilung für interregionale Kooperation und das Subsidiaritätsnetzwerk. Der Name Sachsen-Anhalt hat im AdR einen guten Klang. Das hat uns bei vielen europapolitischen Fragen, namentlich bei der Durchsetzung des Übergangsregimes in den Strukturfonds, sehr genützt.

Unsere beiden Regionalpartnerschaften mit Centre in Frankreich und Masowien in Polen haben ebenso zur Internationalisierung unseres Landes beigetragen wie das Programm „Sachsen-Anhalt interregional“, das wir als eines der wenigen deutschen Länder aus EU-Strukturfondsmitteln finanzieren.

Im Dezember 2013 haben wir das zehnjährige Bestehen der Regionalpartnerschaft mit der **Wojewodschaft Masowien** gefeiert. Ich hatte die Ehre, zusammen mit einigen Kollegen, Vertretern dieses Hohen Hauses und weiteren Repräsentanten von Verbänden und Vereinen aus der Wirtschaft sowie dem Kultur- und Bildungsbereich den Ministerpräsidenten nach Warschau zu begleiten. Während mehrerer Workshops wurden neue Potenziale für eine Zusammenarbeit erschlossen. Es stimmt mich zuversichtlich, dass unsere Partnerregion plant, in ihren operationellen Programmen ebenfalls transnationale Kooperationen zu unterstützen.

Auch mit der **Region Centre** verbindet Sachsen-Anhalt eine bereits zehnjährige Partnerschaft. Hierbei knüpfen wir in diesem Jahr an Gespräche an, die während der Besuche des Ministerpräsidenten in Frankreich im Jahr 2012 und des Präsidenten der Region Centre bei uns im Jahr 2013 geführt worden sind.

Ein Schwerpunkt für das Jahr 2014 ist das Gedenken an den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges. Den Auftakt bildete das im Oktober 2013 in Orleans durchgeführte erste Zusammentreffen von Geschichtslehrern aus Sachsen-Anhalt und Frankreich zur Entwicklung pädagogischer Projekte, die Schüler zu einer vertieften Beschäftigung mit der gemeinsamen deutsch-französischen Geschichte anregen sollen. Eine Folgeveranstaltung dazu fand in dieser Woche in Sachsen-Anhalt statt.

Wir wollen in enger Abstimmung mit unseren französischen Partnern die Wanderausstellung „Heimat im Krieg“, die derzeit in Stendal und in den nächsten Monaten in ganz Sachsen-Anhalt zu sehen ist, auch in der Region Centre präsentieren.

In der nächsten Woche treffen sich in den Brüsseler Vertretungen jeweils sieben Kinder- und Jugendorganisationen zu einem Projektentwicklungs-Workshop. Das reicht von der Zusammenarbeit im Bereich des Sports, in der Jugendleiterausbildung, im europäischen Freiwilligenjahr bis hin zur Mobilität und zu europäischen Ausbildungsinitiativen.

Mit unseren Partnerregionen, die unter den Hochwassern der Loire und der Weichsel leiden, aber auch weiteren interessierten Regionen in Europa, etwa mit dem Bundesland **Niederösterreich** an der Donau, werden wir auch den Themenkomplex Hochwasserschutz und nachhaltiges Flussmanagement in den Fokus der Zusammenarbeit rücken. Anknüpfend an die vielfältigen Erfahrungen Sachsens-Anhalts mit der Bewältigung von Hochwasserkatastrophen ist für das zweite Halbjahr 2014 eine Veranstaltung in Brüssel geplant.

Im Rahmen der im November 2012 unterzeichneten gemeinsamen Absichtserklärung setzen wir auch die gute Zusammenarbeit mit der **Autonomen Region Valencia** fort. Ein wichtiger Inhalt der Kooperation ist das schon im Jahr 2012 begonnene gemeinsame Pilotprojekt zur Fachkräftesicherung bzw. -gewinnung, welches noch einige Zeit läuft.

Gute Ausgangsbedingungen für den Start in die neue Förderperiode nutzen

Meine Damen und Herren! Im Jahr 2014 starten wir in die neue Förderperiode 2014 bis 2020. Viele europäische Programme werden neu aufgelegt. Das betrifft die Einführung der neuen Generation der EU-Bildungsprogramme unter dem Dachnamen Erasmus+ ebenso wie das neue Forschungsprogramm Horizont 2020, die Programme der europäischen territorialen Kooperation und viele weitere.

In der Europa- und Internationalisierungsstrategie des Landes, die ich vor ziemlich genau einem Jahr an dieser Stelle erläutern durfte, sowie in dem Bericht der Landesregierung an den Landtag über die internationalen und europäischen Aktivitäten im Jahr 2014, der Ihnen ebenfalls vorliegt, haben wir ausführlich erläutert, wie wir uns auf diese Förderperiode vorbereiten. Das möchte ich an dieser Stelle nicht wiederholen.

Ein Bereich von ganz besonderer Bedeutung ist natürlich die Vorbereitung der **Operationellen Programme für die europäischen Strukturfonds** EFRE und ESF sowie des Europäischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums. Gestatten Sie mir dazu einige Bemerkungen. In den Haushaltsjahren 2007 bis 2013 stammten rund 41 % des Gesamtvolumens der vom Land administrierten Förderprogramme aus den EU-Fonds. Die Förderpolitik des Landes wäre ohne diese Fonds also nicht annähernd so umfangreich und gestaltunfähig.

Mit Blick auf das für uns gute Ergebnis der EU-weiten und innerdeutschen Verhandlungen zur neuen Förderperiode steht bei gleichzeitig rückläufigen Bundesmitteln bereits fest, dass die

Bedeutung der EU-Fonds auch künftig groß bleiben wird. Standen uns in den sieben Jahren der auslaufenden Förderperiode insgesamt 3,5 Milliarden € zur Verfügung, so wird es in den kommenden sieben Jahr immerhin noch ein Volumen von 2,86 Milliarden € sein.

Der Rückgang wird vor allem den EFRE betreffen, wo uns ein Viertel weniger zur Verfügung stehen wird, während wir im ESF und im ELER nur auf rund 5 % verzichten müssen. Das ist weit auskömmlicher, als wir angesichts unserer Fortschritte im Konvergenzprozess zu Beginn der Verhandlungen erwarten konnten. Dass Sachsen-Anhalt in der nun anstehenden Förderperiode als EU-Übergangsregion weniger EU-Mittel erhält als bisher, ist allerdings nur konsequent und dient der Konzentration der Fördermittel auf die bedürftigsten Regionen Europas.

Zugleich ändern sich mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel auch die Prioritäten des Landes. **In der Periode 2014 bis 2020 muss die Förderung von Innovation, Investition, Bildung und Beschäftigung stärker auf Passfähigkeit mit den Wertschöpfungsketten im Lande und auf die Qualität der Arbeitsplätze abstellen. Konzentration, Innovation und Partizipation sind dafür die wichtigsten Elemente.** Die Förderung der sozialen Inklusion kann und muss stärker zwischen den sozialpolitischen Akteuren vor Ort abgestimmt und auf Problemgruppen wie zum Beispiel Langzeitarbeitslose zugeschnitten werden.

Das Thema Demografie und Fachkräfteverfügbarkeit wird nochmals an Bedeutung gewinnen. Dabei muss deutlich gesagt werden: Die EU fördert mit Blick auf den Bevölkerungsrückgang keinen bloßen Rückbau, sondern nur neue Wege des Umgangs mit demografischen Herausforderungen.

Investitionen in Köpfe und in Infrastruktur müssen ineinander greifen. Wir wollen beispielsweise die Breitbandinfrastruktur auch, aber nicht nur im ländlichen Raum weiter voranbringen. Die Zielmarke liegt bei flächendeckend mindestens 50 Mbit/sec. Hierfür werden wir ELER- und EFRE-Mittel einsetzen, wobei das primäre Ziel der EFRE-Förderung in der Verbesserung der Wachstumsbedingungen für unsere KMU liegt.

Auch vom Bund erwarten wir natürlich wirksame finanzielle Hilfe. Dass jetzt drei Minister in dem Breitbandtopf des Bundes herumrühren, ist so lange irrelevant, wie in dem Topf praktisch nichts drin ist.

Zugleich wollen wir die LEADER-Methode weiterentwickeln und auch im Europäischen Sozialfonds, gegebenenfalls sogar im EFRE, zur Anwendung bringen. Die EU hat sich für den fondsübergreifenden Einsatz der LEADER-Methode eine neue Abkürzung ausgedacht: CLLD, Community Led Local Development, auf Deutsch und den Kern gut beschreibend: von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen zur kommunalen und lokalen Entwicklung.

Die Kombination von Investitionen in Köpfe und in die dazugehörige Infrastruktur wirkt auch im Bereich Bildung, in dem wir das Programm Stark III in ELER und EFRE fortsetzen werden. Der Fokus bleibt auf der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude wie Schulen und Kitas. Damit

werden wesentliche Beiträge zu den Kernzielen der Europa-2020-Strategie zur CO-Reduktion und zur Erhöhung der Energieeffizienz erbracht.

Parallel hierzu hat das Thema Bildung erste Priorität im ESF. Bildung dient als Instrument gegen Armut und für Inklusion und bessere Arbeit, als Voraussetzung für Innovation und Wissenschaft und nicht zuletzt als Maßnahme gegen den sich abzeichnenden Fachkräftemangel. Hinzu kommen komplementäre Maßnahmen gegen Schulabbruch und Schulversagen, das bereits angelaufene Projekt „Familie stärken“ und einiges mehr.

Im ELER werden wir den Hochwasserschutz sowie den in der auslaufenden Förderperiode begonnenen Breitbandausbau weiterführen, und zwar mit denselben Zielen wie im EFRE. Außerdem soll die Verbindung zwischen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft und Forschung und Innovation gestärkt werden. Das Land Sachsen-Anhalt hat hierfür sehr gute Voraussetzungen.

Das sind nur einige Beispiele für neue Akzente in der beginnenden Förderperiode. Natürlich werden zugleich viele bewährte Förderprogramme erhalten bleiben. Man muss das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Auch wenn die Höhe sowohl der EU-Mittel als auch der Landesmittel für die Kofinanzierung zurückgeht, bleibt es erforderlich, sich auf das wirklich Notwendige zu fokussieren. Diese thematische Konzentration schulden wir den europäischen Vorgaben und natürlich auch uns selbst.

Wir - das ist vor allem die Verwaltungsbehörde im Finanzministerium - sind zu vielen Details der neuen Programme noch in den Verhandlungen mit der EU-Kommission. In den nächsten Wochen werden wir die Operationellen Programme finalisieren. Danach hoffen wir auf eine zügige Genehmigung, damit die neue Förderperiode anlaufen kann.

Mit intelligenter Spezialisierung Innovationsprozesse beschleunigen

Ein Schlüsselement der neuen Förderperiode ist die EU-konforme Regionale Innovationsstrategie im Sinne einer intelligenten Spezialisierung, die unter Federführung des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft erarbeitet und von der Landesregierung am 18. Februar 2014 beschlossen worden ist. Mit ihrer Hilfe sollen die regionalen Stärken unseres Landes hervorgehoben und weiter ausgebaut werden. **Die Regionale Innovationsstrategie ist ein weiterer Meilenstein, um Innovationsprozesse in Sachsen-Anhalt maßgeblich zu beschleunigen.**

Europakompetenz auf allen Ebenen weiter stärken

Die besten europäischen Chancen nützen allerdings nichts, wenn wir nicht unsere Fähigkeiten weiterentwickeln und diese Chancen auch ergreifen. Internationale Verflechtungsprozesse führen ebenso wie die Beeinflussung der Entwicklungsbedingungen des Landes durch europäisches Recht und europäische Politik dazu, dass erfolgreiche Landesentwicklung nur im internationalen und europäischen Kontext gesichert werden kann.

In diesem Sinne gehört die Wahrnehmung der internationalen und europäischen Bezüge in allen Bereichen zu den Pflichtaufgaben der Landespolitik, die in allen Ressorts konsequent erfüllt werden müssen. So haben wir es in unserer Internationalisierungs- und Europastrategie niedergelegt.

Schwerpunkte der Förderung der Europafähigkeit bilden die Bereiche Aus- und Fortbildung sowie die Entsendung von Landespersonal in EU-Institutionen und Einrichtungen mit Europabezug. Ich habe Ihnen die dafür vorhandenen Instrumente schon vorgestellt. Wir wollen das alles in einer Gesamtstrategie für die Förderung der Europafähigkeit der Landesverwaltung zusammenfassen.

Für unser Land: Am 25. Mai Europa wählen

Meine Damen und Herren! Ich komme zurück auf die europäische Ebene und zugleich zum Schluss.

Nach meiner Wahrnehmung steht das Projekt der europäischen Integration trotz aller Erfolge heute an einem Scheideweg. Die Diskussion über die weitere Ausrichtung der EU wird die Wahlentscheidung vieler Bürgerinnen und Bürger zum Europäischen Parlament beeinflussen. Auch die erstmals gekürten Spitzenkandidaten der großen europäischen Parteien greifen solche Befürchtungen auf und versprechen, nach der Wahl Europa vom Kopf auf die Füße zu stellen oder dafür zu sorgen, dass sich die EU nicht in die Kochtöpfe und Essgewohnheiten der Menschen einmischt, sondern sich auf die wichtigen Dinge konzentriert.

Ich teile durchaus die Befürchtungen derjenigen, die unser Leitbild für ein bürgernahes und lebendiges Europa in Gefahr sehen, wenn sich Brüssel in alles und jedes einmischt. In diesem Sinne muss das Subsidiaritätsprinzip noch viel stärker als bisher als Regulierungsbremse wirken.

Das ist nicht integrationsfeindlich. Es geht im Gegenteil um die Stärkung einer bürgernahen und demokratisch verfassten Europäischen Union. Die Entscheidungsvorgänge in der EU müssen straffer und besser nachvollziehbar werden. Dazu kann es auch erforderlich sein, die Zuständigkeiten zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten neu zu ordnen. Dort, wo es nötig ist oder der Akzeptanz der EU dient, muss auch eine Rückführung von EU-Zuständigkeiten auf die nationale Ebene möglich sein.

Von daher halte ich es für eine konstruktive Idee, das Zeitfenster nach den Europawahlen für die Einberufung eines neuen Konvents zur Zukunft der EU, den der Vertrag bekanntlich vorsieht, zu nutzen. In diesem Konvent könnten alle Probleme bis hin zu den bekannten Bedenken unserer britischen Freunde auf den Tisch gelegt und verhandelt werden, ohne die so wichtige Handlungsfähigkeit der Union im Tagesgeschäft zu schwächen.

Ob ein solcher Konvent einberufen wird, hängt selbstverständlich nicht allein von uns ab. Auch wir können und müssen die Debatte zur Zukunft der EU auf unserer Ebene sachlich und offen führen. Die jährlich stattfindende Europa-Woche, die wir auch in diesem Jahr gemeinsam mit

vielen Akteuren im Land für die erste Mai-Dekade vorbereiten und für die wir Ihnen das Programm in allernächster Zeit zur Verfügung stellen, ist eine gute Gelegenheit dazu.

Meine Damen und Herren! Das Jahr 2014 ist ein ganz besonderes Jahr. 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges, 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges haben wir guten Grund, auch mit etwas Stolz auf Europa zu schauen.

Die europäische Integration ist die richtige Lehre aus den verheerenden Fehlern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die EU ist aber auch die einzige vernünftige Antwort auf die Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Sie ist zugleich die wichtigste Rahmenbedingung für den erfolgreichen Aufbau unseres Landes.

Deshalb sollten wir, deshalb sollte Sachsen-Anhalt am 25. Mai nicht zu Hause bleiben, sondern Europa wählen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.